

לוחמים לשלום
مقاتلون من أجل السلام
COMBATANTS FOR PEACE



<https://cfpeace.org/> - CfP-Newsletter 18.02.2025

Dringend: Vorgeschlagener Gesetzesentwurf bedroht Friedens- und Menschenrechts-NGOs in Israel

Wir sind zutiefst besorgt über eine gefährliche neue gesetzliche Entwicklung, die Combatants for Peace und andere Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Israel bedroht.

Der Ministerausschuss für Gesetzgebung der israelischen Regierung hat soeben einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Vereinsgesetzes (1980) verabschiedet, der NGOs, die von ausländischen staatlichen Stellen finanziert werden, strenge finanzielle und operative Beschränkungen auferlegt. Sollte dieser Gesetzesentwurf verabschiedet werden, wird er unsere Handlungsmöglichkeiten drastisch einschränken und die Stimmen für Frieden, Menschenrechte und binationale Zusammenarbeit zum Schweigen bringen.

Der Gesetzesentwurf beschränkt nicht nur die Finanzierung, sondern versucht auch, den NGOs den Zugang zu gerichtlicher Überprüfung in Menschenrechtsangelegenheiten und Petitionen gegen staatliche Stellen zu verwehren. Im Entwurf heißt es:

„Ein Gericht darf keinen Antrag einer NGO prüfen, deren Hauptfinanzierung von einer ausländischen staatlichen Einrichtung stammt, bzw. wenn sie nicht vom Staat (Israel) finanziert wird.“

Dies bedeutet, dass Nichtregierungsorganisationen, die auf internationale Finanzierung angewiesen sind - die große Mehrheit der israelischen Menschenrechtsorganisationen - ihre Fähigkeit verlieren würden, Petitionen an israelische Gerichte zu richten. Dies ist ein direkter Angriff auf die Demokratie und beraubt die Zivilgesellschaft eines ihrer wichtigsten Instrumente zum Schutz der Menschenrechte.

Warum dies wichtig ist

Es verhindert, dass Menschenrechtsverletzungen gerichtlich angefochten werden, und verweigert denjenigen, die es am meisten brauchen, Gerechtigkeit.

Es bringt die Zivilgesellschaft zum Schweigen und schneidet die internationale Unterstützung für Organisationen ab, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit einsetzen.

Es untergräbt die Demokratie, indem sie der Regierung unkontrollierte Macht verleiht, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Es wird die Besatzung vertiefen und verfestigen, indem es eine der letzten verbliebenen Kontrollen der Regierungspolitik, die Menschenrechtsverletzungen und Gewalt aufrechterhält, beseitigt.

Was dies für die Palästinenser bedeutet

Mehr Landraub und Häuserabrisse - Da es weniger rechtliche Anfechtungen gibt, kann Israel die Siedlungen ausbauen und palästinensisches Land noch schneller beschlagnahmen.

Mehr Siedler- und Militärgewalt - Ohne Mechanismen der Rechenschaftspflicht werden die Angriffe auf palästinensische Gemeinschaften unkontrolliert eskalieren.

Geringere internationale Aufmerksamkeit - Menschenrechtsorganisationen werden zum Schweigen gebracht, was es schwieriger macht, die tägliche Realität der Besatzung aufzudecken.

Ein Ende der Friedensbemühungen an der Basis - Gruppen wie Combatants for Peace, die Israelis und Palästinenser für gewaltfreie Aktionen zusammenbringen, werden wichtige Unterstützung verlieren.

Wie Sie helfen können

Wir brauchen dringend Ihre Unterstützung, um diese gefährliche Gesetzgebung zu stoppen, bevor sie Gesetz wird. Hier ist, was Sie tun können:

Kontaktieren Sie Ihre Vertreter und Ihre nationale Regierung und fordern Sie sie auf, sich gegen dieses Gesetz auszusprechen und diplomatischen Druck auf Israel auszuüben, um die Zivilgesellschaft zu schützen.

Erhöhen Sie die Aufmerksamkeit, indem Sie diese Informationen an Ihre Netzwerke, Menschenrechtsorganisationen und Medienkontakte weitergeben. Je mehr Aufmerksamkeit dieses Thema erhält, desto schwieriger wird es sein, es unbemerkt durchzusetzen.

Unterstützen Sie weiterhin unsere Arbeit – wir brauchen jetzt mehr denn je Ihre Solidarität, um unsere Bewegung angesichts dieser Bedrohungen zu unterstützen.

Bei diesem Gesetzentwurf geht es nicht nur darum, israelische Nichtregierungsorganisationen einzuschränken - er ist ein direkter Angriff auf die Rechte der Palästinenser, den Zugang zur Justiz und die Friedensbewegung. Durch die Lähmung der Zivilgesellschaft würde die israelische Regierung dafür sorgen, dass die militärische Besatzung und die Ausbreitung der Siedler unkontrolliert und mit weniger Hindernissen für den Widerstand weitergehen.

Es ist Zeit zu handeln. Gemeinsam können wir das Recht verteidigen, uns der Unterdrückung zu widersetzen, für den Frieden einzutreten und eine gerechte Zukunft für alle aufzubauen.

<https://app.getresponse.com/view.html?x=a62b&co=QNal5u&m=BLsA0A&mc=I5&s=Bo7m24r&u=z5YMw&z=EFsdwDo&>
Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe' <https://www.sand-im-getriebe.org/>



**Dieser Gesetzesentwurf bringt die Menschenrechtsgemeinschaft in Israel zum Schweigen
20. Februar 2025**

Hintergrund: Die israelische Knesset hat gerade in einer vorläufigen Abstimmung einen Gesetzesentwurf gegen Nichtregierungsorganisationen angenommen, der, sollte er in Kraft treten, (1) Spenden ausländischer Regierungen an Organisationen der Zivilgesellschaft mit einer Steuer von 80 Prozent belegen würde; (2) Gerichte nicht mehr dazu zu verpflichten würde, von NGOs eingereichte Anträge zu prüfen, wenn die Mehrheit ihrer Mittel von ausländischen Regierungen stammt (3) dem Finanzminister die Befugnis erteilen würde, jede NGO von diesem Gesetz auszunehmen (4) automatisch alle NGOs ausnehmen würde, die von der israelischen Regierung finanziert werden.

Am Sonntag, dem 16. Februar, stimmte der Ministerausschuss für Gesetzgebung dafür, den Gesetzesentwurf in Kraft zu setzen. Am Mittwoch, dem 19. Februar, wurde dieser Gesetzesentwurf in der israelischen Knesset in erster Lesung angenommen. Nach dieser Nachricht gab der CEO des New Israel Fund, Daniel Sokatch, die folgende Erklärung ab:

„Zuerst waren sie hinter dem Obersten Gerichtshof her. Jetzt sind sie hinter der Zivilgesellschaft her – schon wieder. Der Anti-NGO-Gesetzesentwurf, der gerade seine erste Lesung in der israelischen Knesset durchlaufen hat, würde eine Steuer von 80 % auf Spenden ausländischer Regierungen an zivilgesellschaftliche Organisationen verhängen. Um es klar zu sagen: Bei den ausländischen Regierungen, von denen wir sprechen, handelt es sich um Israels beste Freunde und Verbündete in der Welt, nicht um feindliche Mächte. Der Gesetzesentwurf würde auch Organisationen, die den Großteil ihrer Mittel aus diesen Quellen erhalten, das Recht nehmen, vor israelischen Gerichten auf Gerechtigkeit zu klagen. Und es wird niemanden überraschen, zu erfahren, dass der Gesetzesentwurf Möglichkeiten für die Regierung vorsieht, Organisationen, die ihre harte Agenda teilen, von der Regelung auszunehmen. Dies ist ein möglicherweise tödlicher Schlag für Dutzende von Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen, darunter viele langjährige NIF-Stipendiaten (Promotionsstipendiaten).

„Dieses Gesetz behauptet, es gehe darum, israelische Bürger vor „ausländischen Agenten“ zu schützen – aber das ist nur ein Vorwand (wörtlich: eine Nebelkerze). Es geht darum, Regierungskritiker zum Schweigen zu bringen. Es ist die nächste Stufe des Justizputsches.

„Dieses Gesetz schränkt den demokratischen Spielraum Israels drastisch ein – es zielt auf Organisationen ab, deren Agenda und Werte im Widerspruch zu dieser derzeitigen Regierung stehen. Unsere Werte. Die Werte der Redefreiheit, der Gleichheit und der Vereinigungsfreiheit, des Rechts, Veränderungen zum Besseren zu fordern, und zu gewinnen. Es zielt auf das Recht von Rechtshilfeorganisationen ab, bei Gerichten Anträge einzureichen, um denjenigen zu helfen, die vom Staat diskriminiert, körperlich verletzt oder einfach beiseitegeschoben wurden. All dies würde durch dieses Gesetz abgeschafft werden. Es zielt effektiv darauf ab, den Menschenrechtssektor auszuschalten. So sieht Demokratie nicht aus.

„Dieses Gesetz betrifft alle Israelis, Juden und Araber gleichermaßen. Die meisten Menschen – amerikanische Juden, Israelis, Palästinenser und andere – wünschen sich mehr Demokratie in Israel, nicht weniger. Aber genau das ist das Ziel dieses Gesetzes: die weitere Schwächung der israelischen Demokratie. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um dies zu verhindern.“